

Eine Frage des Wertes

Lüneburg. Es ist eine Idee, die Ulrich Blanck, Fraktionsvorsitzender der Grünen, in den Ring warf. Zum Abbau von Schulden und der Reduzierung von Kassenkrediten solle man den Verkauf von städtischen Beteiligungen erwägen. Die Antwort von der SPD kam prompt. Das sei Verscherbeln von Tafelsilber. Dem verleihen die Sozialdemokraten nun Nachdruck mit einem Antrag zur heutigen Ratssitzung. Tenor: Jedweder Verkauf von städtischen Beteiligungen wird ausgeschlossen. Rückendeckung bekommt die SPD von der Verwaltung.

Der Entschuldungsvertrag, den die Stadt 2012 mit dem Land geschlossen hatte, spülte 70 Millionen Euro zum Abbau von Kassenkrediten in die Stadtkasse. Dadurch konnten diese auf 95 Millionen Euro gesenkt werden. Bei der Etatgenehmigung 2017 bemängelte Hannover allerdings, dass die Kassenkredite Ende 2016 bei 95,6 Millionen Euro lagen. Obwohl die Stadt entschuldet worden sei, sei dies der zwölft höchste Wert in Niedersachsen. Wenn man weiter so auf Pump lebe, fahre man den Haushalt gegen die Wand, mahnte Blanck und brachte die städ-

Der Fraktionschef der Grünen zeigt sich verwundert über die Rechnung der SPD für den Verkauf von Anteilen der Lüwobau

tischen Beteiligungen ins Spiel. Beispielsweise könnte doch die Beteiligung der Stadt an der Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft (Lüwobau) von 92,03 auf 80 Prozent sinken und damit Millionenschulden getilgt werden. Blancks Vorschlag: Anteile könnten an den Landkreis ver-



Strikt gegen den Verkauf städtischer Beteiligungen ist SPD-Chef Klaus-Dieter Salewski. Foto: t&w

kauft werden. Der biete sich an, weil er die Kreissiedlungsgesellschaft beschlossen habe. Würde er bei der Lüwobau einsteigen, wäre das aus Sicht von Blanck das Signal für eine künftig bessere gemeinsame Planung der Wohnungsbaupolitik. Inzwischen habe er von der Politik aus dem Kreis auch schon positive Signale bekommen, sagt Blanck.

Die SPD winkt entschlossen ab. Die städtischen Beteiligungen stellten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge dar und erfüllen damit unverzichtbare Kernaufgaben kommunaler Selbstverwaltung, macht der Fraktionsvorsitzende Klaus-Dieter Salewski deutlich. Auch ein nur anteiliger Verkauf schwäche die Handlungsfähigkeit der Stadt. Außerdem erwirtschafteten die Gesellschaften Überschüsse, die nicht nur zur Erhöhung der Eigenkapitalquote beitragen würden, sondern an denen auch der städtische Haus-

halt partizipiert. Einmal Erlöse durch Verkauf würden im Übrigen nicht zur dauerhaften Reduzierung von Kassenkrediten führen.

Die Stadt ist laut eigener Aussage an 27 Unternehmen „unmittelbar beziehungsweise mittelbar“ beteiligt, welche allesamt der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Die Diskussion um die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen sei nicht neu, andernorts seien kommunale Energieversorgungsunternehmen, Krankenhäuser oder Wohnungsunternehmen davon erfasst wor-



Grünen-Chef Ulrich Blanck hält an seiner Idee zum Abbau von Kassenkrediten fest. Foto: t&w

den. Zwar habe das kurzfristig große Summen in die kommunalen Kassen gespült, aber damit sei auch der kommunale Einfluss auf die Daseinsvorsorge preisgegeben worden.

Bei einem möglichen Verkauf von Anteilen der Lüwobau an einen Dritten könnten zwar zunächst Erlöse generiert werden, aber um den Preis, dass Rechte und Einflussmöglichkeiten beschränkt würden, so die Verwaltung. Die rechnet nun vor: Bei einem Verkauf von 25 Prozent des Stammkapitals der Lüwobau würden in die Stadtkasse drei Millionen Euro fließen „bei Minderung des Anlagevermögens um den gleichen Betrag. Gleichzeitig stünden der Stadt nur noch 75 Prozent der Gewinnausschüttungen zu“, die sich in den vergangenen Jahren auf 750 000 Euro beliefen.

Diese Rechnung schlägt für Blanck dem Fass den Boden aus. „Es kann doch nicht ernsthaft jemand auf die Idee kommen, 25 Prozent der Lüwobau zum anteiligen Wert des Stammkapitals verkaufen zu wollen. Der Wert einer Gesellschaft, die rund 2200 Wohnungen im Bestand hat, kann wohl unmöglich mit 12 Millionen Euro bewertet werden.“ as